

## Psychotherapeuten wollen bei Kindern präventiv tätig sein

Frankfurt a.M. (epd). Psychotherapeuten wollen gegen Jugendgewalt präventiv an Schulen und Kindertagesstätten vorgehen. „Wir wünschen uns eine Reform des Psychotherapeutengesetzes“, sagte Marion Schwarz, die Vorsitzende des Berufsverbands der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (bkj), am 3. März in Frankfurt am Main. Dieses Gesetz sehe bislang Prävention nicht als Leistung vor, sondern nur Behandlungen. Prävention sei vor allem Sache von Sozialarbeitern und nicht approbierten Psychologen.

Gerade an Grundschulen liege die psychologische Betreuung oft bei Null, kritisierte Schwarz. Besonders dort sei Prävention aber notwendig: „Wer in der siebten oder achten Klasse mit dem Messer hantiert, hat in der Grundschule oft schon mal ein Kind die Leiter heruntergeschubst.“ Psychotherapeuten könnten sich etwa bei der Supervision von Eltern und Lehrern einbringen, schlug sie am Rand einer Fachtagung an der Frankfurt University of Applied Sciences vor.

Entgegen der allgemeinen Auffassung steige die Gewaltkriminalität bei Jugendlichen jedoch nicht, sondern sinke bereits seit Jahren. Schwarz führte dies zum Teil darauf zurück, dass Eltern seit 2001 ihre Kinder nicht mehr schlagen dürfen.

Der Direktor der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden, Martin Rettenberger, sagte zwar, ein solcher Zusammenhang sei durch die Forschung nicht eindeutig belegt. Aber umgekehrt sei bewiesen, dass Gewalt in der Erziehung häufig Gewalt durch Jugendliche zur Folge habe. Die Diskrepanz in der öffentlichen Wahrnehmung erklärte Rettenberger unter anderem mit der medialen Berichterstattung. „Ein schwerwiegendes Sexualdelikt wäre vor einigen Jahren auf den hinteren Seiten gelandet, heute muss sich die Tagesschau dafür rechtfertigen, wenn sie es nicht thematisiert“, sagte er. Damit bezog er sich auf den Fall der vergewaltigten und getöteten Studentin in Freiburg. Der mutmaßliche Täter stammt aus Afghanistan, was der Tagesschau-Redaktion den Vorwurf einbrachte, sie habe allein wegen dessen Herkunft nicht berichtet. Auch Bilder seien entscheidend. Rettenberger nannte den Fall des „Berliner U-Bahn-Treters“, bei dem ein junger Mann scheinbar anlasslos eine Frau eine Treppe hinuntergestoßen hatte. Er wolle aber die Medien für ihre veränderte Berichterstattung nicht kritisieren, versicherte er: „Im Gegenteil, ich finde es gut, weil es den Blick auf ein Problem lenkt, das vorher im Dunkeln lag.“

Eine Neigung zu Gewalt sei auch ein Risikofaktor bei der politischen Radikalisierung von Jugendlichen, sagte Inés Brock vom Magdeburger Ausbildungsinstitut für Psychotherapeutische Psychologie (MAPP). Ob ein Jugendlicher in die islamistische oder rechtsextreme Richtung kippe, hänge oft davon ab, zu welcher Gruppe er zuerst Kontakt habe.